



PREIS DEUTSCHLAND 5,70 €

# DIE ZEIT

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT WISSEN UND KULTUR



15. OKTOBER 2020 N° 43



Teilillustration: Timo Lenz für DIE ZEIT

## Feiern, bis der Arzt kommt?

Die Corona-Zahlen steigen wieder – und mit ihnen die Sorge. Ist sie übertrieben oder noch gar nicht groß genug? Warum Berlin ein Hotspot ist. Und was man bei der Seuchenabwehr von den neuen Bundesländern lernen kann

POLITIK UND WISSEN

RASSISMUS

### Der Mohr als Mahnmal

Im Ulmer Münster soll Melchior weichen. Warum? VON EVELYN FINGER

Wie schön wäre es, wenn wir alle Fehler der Vergangenheit zum Verschwinden bringen könnten. Den Hass und seine Verherrlichung, das Unterjochen Schwächerer und die Lust daran. Dass die Menschheit wie neu werden könnte, sozusagen unfehlbar, ist ein großer Wunsch, der im vorigen Jahrhundert ins Totalitäre entgleiste. Seither waren wir mit der Sehnsucht nach Unfehlbarkeit vorsichtig.

Nun aber blüht sie in der Cancel-Culture wieder auf, immer dann, wenn besonders hässliche Fehler der Vergangenheit besonders gründlich bereinigt werden sollen. So auch im Ulmer Münster: Dort hat man die Heiligen Drei Könige aus der Weihnachtsskrippe verbannt, weil der schwarze König Melchior rassistisch dargestellt sei. Wie wahr! Es genügt ein Blick auf die krumme, feiste Holzfigur von 1920, um zu sehen, dass es sich um die böswillig verzerrte Darstellung eines Afrikaners handelt. Es ist geradezu eine Ikone des Rassismus.

Wie überwinden wir den? Die Gemeinde des Ulmer Münsters hat so klar entschieden, wie es der größten protestantischen Kirche Deutschlands mit dem höchsten Kirchturm der Welt angemessen scheint: Der Mohr muss weg! Aber was wäre, wenn alle fremdenfeindlichen, frauenfeindlichen oder sonst wie menschenfeindlichen Bilder verschwinden? Wenn kein kolonialistisches, faschistisches, stalinistisches Denkmal mehr stünde? Es sähe dann aus, als wären alle Übel weg, auch der Rassismus. Das könnte sich aber als Täuschung erweisen. Wir sollten uns daher auf sichtbare Weise distanzieren.

In Wittenberg, an Luthers Predigtkirche, gibt es ein altes Relief der »Judensau«. Man versteht, dass nicht nur die Nachfahren von Holocaust-Überlebenden diese Scheußlichkeit endlich wegheben wollen. Doch in Wittenberg gibt es direkt neben der Kirche auch ein Mahnmal für die ermordeten Juden. Dadurch wird es möglich, das Zerbild der Judensau zu erhalten. Wir erkennen darin auf einen Blick, was Judenhass ist. So könnte man auch den König Melchior im Ulmer Münster ausstellen. Man nennt das Verfremdung, es ist eine moderne Form der Läuterung: den Fehler nicht verstecken, sondern ansehen, verstehen und fürchten.

www.zeit.de/vorgelesen

DIE PANDEMIE WIRD BEDROHLICHER

## Klare Regeln schaffen Freiheit

In Deutschland ist es schwer geworden, Vorschriften im Kampf gegen Corona durchzusetzen. Sind wir anarchischer geworden als so manche Südländer? VON GIOVANNI DI LORENZO UND HEINRICH WEFING

Es ist nur eine Momentaufnahme. Ende vergangener Woche am Flughafen Fiumicino bei Rom. An den Eingängen wird die Temperatur der Passagiere gemessen. Am Gate werden sie aufgefordert, ihre Stoffmasken gegen medizinische auszutauschen, vor dem Abflug müssen sie ihre Personendaten abliefern. Kein Mensch murrte. Nur eine Familie aus Deutschland fällt am Flughafen auf, weil die Mutter und ein Kind ohne Masken aus einem Fahrstuhl herabstiegen. Eine junge Italienerin ruft ihnen zu, dass hier Maskenpflicht herrsche. Man merkt den Deutschen das Genervtsein an. Den Gestus, wir sind doch hier in den Ferien. Aber Corona macht keinen Urlaub.

Steigende Fallzahlen lösen in Deutschland politischen Aktivismus aus. Sperrstunden, Forderungen nach höheren Bußgeldern für Maskenverweigerer, zuletzt das sogenannte Beherbergungsverbot, das so absurd ausgefallen ist, dass es in dieser Woche vielleicht schon wieder gekippt wird. Zurück bleiben Bürger, die zunehmend verunsichert sind oder sich in all ihren Vorurteilen bestätigt fühlen, eine gezielt geschürte Corona-Angst werde benutzt, um ihnen die Freiheit zu rauben.

Doch wirken nicht nur die Bürgerinnen und Bürger verunsichert, sondern auch Politiker und Behörden. Was können sie den Menschen noch zumuten? Und was hilft wirklich?

Darauf gibt es eine medizinische Antwort und eine politische. Die medizinische Antwort lautet, dass sich immer mehr Menschen in Deutschland infizieren und dass das Virus wieder vermehrt die Älteren zu erreichen droht und damit auch die Todeszahlen demnächst ansteigen könnten. Es stimmt, dass die deutschen Zahlen immer noch sehr viel niedriger sind als die vergleichbarer Staaten. Medizinisch steht auch fest: Die Ansteckung mit Corona ist kein Schicksal, man kann sich dagegen halbwegs sicher schützen. Weltweit gilt das Tragen der Maske als unerlässliche Abwehrmaßnahme.

Deshalb ist es auch nur schwer verständlich, wenn bei uns jene, die das Tragen der Maske verweigern, oder Bonsai-Rebellen, die in Lokalen falsche Daten angeben, bislang kaum belangt werden. Um noch einmal von Italien zu sprechen: Dort reichen die Geldstrafen für solche Verstöße seit einigen Tagen von mindestens 400 bis zu 1000 Euro – pro Verstoß. Seit Anfang dieser Woche sind zudem öffentliche Feiern verboten,

private stark eingeschränkt. Hierzulande gilt schon eine Strafe von 250 Euro als drakonisch.

Schwerer aber wiegt, dass die meisten Menschen in Deutschland sich ja diszipliniert an die Hygieneregeln halten und nur relativ kleine Gruppen darauf pfeifen – aus Ignoranz, Verblendung oder Egoismus. Warum wird dagegen nicht energischer vorgegangen, fragen sich die Rechtstreuen. Kann es sein, dass ausgerechnet wir vorschriftenverliebten Deutschen ein Vollzugsproblem haben? Und woran liegt das? Sind die Behörden zu zaghaft oder nur überfordert? Oder sind wir etwa anarchischer geworden als Italiener oder Griechen, denen das Misstrauen gegen Reglementierungen doch angeblich im Blut liegt?

Auf all diese Fragen könnte man besser antworten, wenn man mehr wüsste, über jene, die sich angesteckt haben, und über jene, die sich verweigern. Warum müssen ganze Branchen lahmgelegt werden, ganze Städte quasi in Quarantäne gehen, warum muss Zehntausenden Familien der Herbsturlaub verdorben werden, wenn sich ermitteln ließe, dass ein Corona-Ausbruch in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass junge Leute Party gemacht und Freunde angesteckt haben? Oder darauf, dass Großfamilien tagelang eine Hochzeit gefeiert und dabei den Verstand abgeschaltet haben? Hier nicht genauer nachzusehen ist ein Versäumnis mit Folgen. Zum einen ließen sich mit besserer Aufklärung die Infektionsherde schneller begrenzen. Zum anderen führt das Fehlen von Transparenz zu anschwellendem Grummeln, in rechten Foren werden schon seit Langem Schuldige ausgemacht.

### Nichts untergräbt das Rechtsbewusstsein so sehr wie ein Vollzugsdefizit

Solch fahrlässiges Verhalten zu unterbinden wäre machbar. Das würde von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung nicht nur mitgetragen, sondern begrüßt. Nichts untergräbt das Rechtsbewusstsein so sehr wie ein Vollzugsdefizit. Und nichts braucht der Kampf gegen Corona so sehr wie das Vertrauen der Menschen.

Die Politik hat in den vergangenen sechs Monaten vieles richtig gemacht, aber manches eben auch falsch. Da war die irreführende Warnung vor Versammlungen im Freien, die angeblich zum sofortigen Anstieg der Fallzahlen führen sollten, wofür es bis heute keinen Beleg gibt (allen Prophezeiungen etwa der SPD-Alarmsirene Karl

Lauterbach zum Trotz). Davor schon das Hickhack um die Maskenpflicht und heute die niemandem einleuchtenden Beherbergungsverbote, wo doch die Pendler selbstverständlich weiter zur Arbeit fahren dürfen. Schließlich: Wozu zum Abstandhalten in Schulen oder an Bahnhöfen aufrufen, wenn Erwachsene und Kinder gleich danach in S-Bahnen oder Schulbussen wieder eng wie in Sardinienbüchsen zusammengedrückt werden? Das versteht kein Mensch, es sei denn, er hat ein Privatsimum bei drei Virologen gleichzeitig oder beim Kanzleramtsminister.

Das ist die politische Antwort: Mehr Konsequenz bei der Durchsetzung der Regeln, mehr Klarheit bei den Regeln selbst und mehr Offenheit bei der Information über die wirklich Betroffenen. All das ist kein autoritärer Selbstzweck. Es dient dazu, die notwendigen Einschränkungen der Freiheit auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Und so das Vertrauen der Menschen in das Handeln des Staates auch für die kommenden Monate zu sichern. Nur Regeln, die unmittelbar einleuchten, die sich auf das Notwendige beschränken und, wo immer möglich, befristet sind, lassen sich durchhalten und durchsetzen.

Es darf aber auch nicht sein, dass die Zustimmung zu den AHA-Geboten (plus L für Lüften) ein Privileg für Menschen in unkündbarer Stellung wird, von denen sich nicht wenige bis heute zu Hause verammeln, als gelte es, eine Invasion toxischer Marsmenschen abzuwehren, während zugleich ganze Berufsgruppen in Existenznot geraten – Freiberufler, Künstler oder Gastronomen. Auch damit diese Gruppen wieder Publikum und Gäste begrüßen können, ist es so wichtig, das Vernünftige konsequent durchzusetzen. Klare Regeln schaffen Freiheit.

In Wahrheit weiß niemand, wie schnell sich die Seuche weiter ausbreiten wird und was in den nächsten Monaten auf das Land zukommt. Sicher ist nur, dass auch weiter transparent über die Ausbreitung der Pandemie informiert werden muss. Dass offen, am besten endlich im Parlament, über die notwendigen Einschränkungen der Freiheit gestritten werden muss. Und dass Politiker, wenn sie Fehler machen, was kaum zu vermeiden sein wird, schnell und entschieden nachbessern müssen. Nur dann kommen wir einigermaßen gesund bis zu den nächsten Ferien, in Italien oder anderswo.

www.zeit.de/vorgelesen



### Lügen sind Gift

Carla Bruni Sarkozy über Verrat, Liebe und späte Elternschaft  
Unterhaltung, Seite 30

### Trinken ohne Reue?

Was bleibt, wenn man beim Wein den Alkohol weglässt  
Entdecken, Seite 61



### Abtauchen

Acht Empfehlungen für Hotels zwischen Rügen und Allgäu, die für die meisten Urlauber noch offen sind  
Ein Reisen-Spezial-Heft

PROMINENT IGNORIERT



### Glück-Los

Eine Frau in Baden-Württemberg hat den bisher größten Gewinn im Lottospiel 6 aus 49 erzielt: 42,5 Millionen Euro. Man muss sie bedauern. Was kann sie mit dem »Bimbos« (Helmut Kohl) machen? Eine große Fete wäre verboten, eine Weltreise riskant, und die Bank will Strafzinsen. Hoffentlich hat die Dame einen Garten. Sie sollte sich gut merken, wo der Schatz vergraben liegt. GRN.

Kl. Bilder (v. o.): Philip Gay/figarophoto/Laif; Julia Sellmann für ZEIT Entdecken; Maria Rohweder für DIE ZEIT

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg  
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbefrei@zeit.de

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de; ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

ABONNENTENSERVICE:  
Tel. 040 / 42 23 70 70,  
Fax 040 / 42 23 70 90,  
E-Mail: abo@zeit.de

PREISE IM AUSLAND:  
DK 60,95/EIN 8,50/E 7,10/  
CAN 7,60/F 7,10/NL 6,60/  
A 5,90/CH 8,20/I 7,10/GR 7,60/  
B 6,60/P 7,40/L 6,60/H 2990,00

## N° 43

75. JAHRGANG C 7451 C



4 190745 105705